

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N<sup>o</sup> 14.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postämterliste Nr. 2217.

Hannover,  
Sonntags, 3. Juli 1897.

Inserate kosten pro 3spaltiger Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offerten-Nachnahme 10 Pf. Redaktion: Burgstr. 41. Verlag: Gebrüder 9A.

6. Jahrg.

## Bekanntmachung.

Die Formulare für die Aufstellung der Abrechnung für das 2. Quartal sind mit der Nummer 13 des „Proletarier“ versandt worden. An Orten, wo die Bevollmächtigten nicht die Empfänger der Zeitung sind, wollen diese die Formulare sich ausbändigen lassen. Die Aufstellung der Abrechnung muß auf den von uns zugesandten Formularen erfolgen. Geschriebene Abrechnungen dürfen die Kollegen nicht einreichen, sondern wenn Formulare nicht eingetroffen oder abhandelt gekommen sein sollten, andere von dem Unterzeichneten senden lassen.

Den Revisoren führen wir die auf die Abrechnung bezüglichen statistischen Bestimmungen vor und empfehlen sie zur strengen Beachtung.

§. 15.

Die Bevollmächtigten einer jeden Zahlstelle haben nach Ablauf eines jeden Quartals binnen vierzehn Tagen unter Einziehung der Revisoren eine Kassenabrechnung vorzunehmen. Der Vorstand ist berechtigt, wenn die Abrechnung einer Zahlstelle nicht rechtzeitig erfolgt, aus einer benachbarten Zahlstelle eine vertrauenswürdige Person zur Revision zu entsenden.

Von den Einnahmen aus den Wochenbeiträgen können bis 33 1/2 Prozent in den Zahlstellen zu Lokalausgaben verwendet werden.

Eintrittsgeld und Extrasteuer-Einnahmen sind voll einzuführen.

**Sämtliche Gelder (nach Abzug der 33 1/2 Prozent) sind nebst Abrechnung an den Kassierer einzuführen, und zwar innerhalb acht Tagen nach der Quartals-Abrechnung.**

Erfolgt die Einzahlung der Abrechnung nicht in der oben angegebenen Zeit, so hat der Vorstand sich zwecks Abhilfe an die Mitglieder der betreffenden Zahlstelle zu wenden; ist auch dieses ohne Erfolg, so darf kein weiteres Material verabsolgt werden.

Besonders sollen die Kollegen beachten, daß von den Einnahmen aus den Wochenbeiträgen nur 33 1/2 Prozent zu Lokalausgaben verwendet werden dürfen. Der Kassierer wird in Zukunft auf strenge Einhaltung dieser Bestimmung sehen, und alle 1/2 der Wochenbeiträge übersteigenden Ausgaben als am Orte behalten zur Verrechnung bringen. Die immer mehr steigenden Ausgaben des Verbandes, die Ansprüche der Mitglieder zwingen uns zu diesem Vorgehen. Außer Achtlassung dieser statistischen Vorschrift würde zur Folge haben, daß wir berechnete Ansprüche der Mitglieder unter dem Hinweis auf mangelnde Geldmittel abweisen müßten.

Zum Schluß geben wir noch der Hoffnung Ausdruck, daß Bevollmächtigte, Revisoren und unsere Mitglieder in gemeinsamem Streben, das Beste des Verbandes zu wollen, die Abrechnung nach den gegebenen Anweisungen so rasch wie möglich fertigstellen und einreichen, damit es einer nochmaligen Mahnung und des Gebrauchs der uns gegebenen Zwangsmittel nicht bedarf.

Hoch die Organisation!

Im Auftrage des Vorstandes:  
Aug. Brey.

## 60 Jahre Arbeiterschutzpolitik in England.

Am 20. Juni waren 60 Jahre verflossen, seitdem die Königin Viktoria als 18-jähriges Mädchen den Thron von Großbritannien bestieg. Das Ereignis wurde von den Besitzenden Englands gefeiert nach der Art, wie die Besitzenden aller Nationen solche Feste zu feiern pflegen. Wenn auch wir darauf zu sprechen kommen, so nicht des Ereignisses wegen, sondern um einen Blick auf den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt zu werfen, der sich in dieser langen Zeit in England vollzogen hat, und unter dessen Einflüssen die Arbeiter Englands heute stehen. Der „Vorwärts“ schreibt darüber, nachdem er in einem Artikel eine Schilderung des ökonomischen Fortschritts gegeben:

Fast größer noch als der ökonomische ist der politische und soziale Fortschritt, auf den die englischen Arbeiter heute gegenüber 1837 zurückblicken können. Damals waren sie im wahrsten Sinne des Wortes

eine entrechtete Klasse, denn die Reformbill von 1832 hatte einer Anzahl von ihnen das Stimmrecht genommen und es ihren damals bittersten Gegnern gegeben. Im Parlament, in der Armenverwaltung, in der Gemeindeverwaltung, in der Rechtspflege — überall herrschte das Privilegium des Besitzes oder selbst der Geburt. Welch jämmerliche Löhne viele der heute zur Aristokratie der Arbeit zählenden Berufsgruppen damals bezogen, dafür führt Sidney Webb in seiner Abhandlung „Labour in the Congest reign“ in „Fabian Tract“ No. 75 einige drastische Beispiele an. 1831 streikten die Kohlenhauer für einen Minimallohn von 30 Schillingen für zwei Wochen bei zwölfstündiger Arbeitszeit. Heute beziehen sie denselben Lohn und mehr für eine Woche bei etwas über sechsstündiger Arbeitszeit. Aber neben diesen schlechten Arbeitsbedingungen hatte er sich außerdem über einen halbfeudalen Arbeitsvertrag zu beklagen, der ihn zum Hörigen des Grubenbesizers machte, und dessen Innehaltung von den Friedensrichtern, die ausschließlich aus der Klasse der Besitzenden genommen wurden, unbarmherzig erzwungen wurde. Heute verhandelt er kraft seiner Organisation mit dem Unternehmer auf gleichem Fuße. In der Gemeinde, im Armenrath, im Friedensrichterkollegium, in der Schulbehörde, im Parlament ist er durch Mitglieder seiner Klasse vertreten, und der höchste Beamte seiner Organisation war als solcher, bezw. weil solcher, Mitglied der Regierung des britischen Weltreiches.

In Deutschland beruft man die Vertrauensmänner und Gewerkschaftsleiter nicht als Rathgeber der Regierungen, aber man entläßt die in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, wenn sie Mitglied einer Gewerkschaft geworden sind.

Es ist das ein besonders starker Kontrast, aber wenn auch erst nur zwei Gewerkschaften ihre Sekretäre zu Staatssekretären haben ernannt werden sehen, so haben doch viele ihrer Beamten öffentliche Ehrenstellungen. Das „J. P.“ (Judge of the Peace = Friedensrichter, die in England von den Regierungs-Statthaltern ernannt werden) steht hinter den Namen vieler Gewerkschaftsbeamten. Der „Streikbruder“ von ehemals ist ein Notabler geworden. Die Zahl der Arbeiter, die Mitglieder von Gemeindevertretungen sind, beläuft sich in England vielleicht auf einige Tausend. In Durham und Northumberland allein sollen bis zu 500 Arbeiter in Kirchspiels- und Distriktsvertretungen sitzen. Das im Jahre 1834 geschaffene Armengesetz ward damals allgemein als eine Kriegserklärung der Bourgeoisie gegen das Proletariat gehalten und war es auch in vieler Hinsicht; nicht ganz sechzig Jahre später hob ein Minister (der liberale Minister Fowler) mit einem Federstrich die Jenseitsqualifikation zur Wahl in die Armenräthe auf, womit diese wichtigen Behörden den Arbeitern geöffnet und unter ihre Kontrolle gebracht wurden. Keine Klassenwahl verkürzt dem Arbeiter sein Stimmrecht in Gemeinde-, Distrikts-, Grafschafts-, Schul- und Armenbehörde. Und während die Vorstehenden der 1400 demokratisch gewählten Distriktsräthe kraft dieser Stellung Polizeirichter sind, sind die kraft anderer Amtsstellung ernannten Armenräthe ganz abgeschafft.

Das Jahr, nachdem Königin Viktoria den Thron bestieg, sah die Gründung der Chartistenpartei. Nicht alle Punkte der Charte sind verwirklicht, und von einigen, wie die Forderung alljährlicher Parlamentswahl, kann man sagen, daß es nicht schade darum ist. Aber das Wichtigste aus der Charte ist so ziemlich erreicht: das Wahlrecht zum Parlament ist für die große Mehrheit der englischen Arbeiter kein frommer Wunsch mehr. Ob sie den rechten Gebrauch davon machen, ist eine andere Frage, aber daß die englische Gesetzgebung heute unter dem Einfluß des Arbeiters steht, zeigt sich bei jeder Gelegenheit. Als sich vor kurzem ein Kohlenmagnat des Nordens, Lord Londonderry, in einem offenen Briefe darüber beschwerte, daß die Regierung bei Berathung des Unfallentschädigungsgesetzes nur auf die Stimmen der Arbeiter gehört habe, antwortete ihm ein konservatives Blatt, das nicht für die Massen geschrieben wird: „Als ob unsere Gesetzgebung überhaupt noch etwas anderes sei als Gesetzgebung für die Arbeiter.“ Das ist übertrieben, aber trifft doch die Tendenz.

Das konservative Organ erachtet also eine Arbeitergesetzgebung als selbstverständlich, rechtfertigt sie gegen Angriffe von Unternehmern. Anders liegen die Dinge in Deutschland, da bildet die Presse mit der gleichen „Staatserkaltenden“ Tendenz nicht nur das Echo aller Unternehmervorfälle, sondern sie hält sich für verpflichtet,

gegen jede Maßregel mit arbeiterfreundlichem Aussehen den Feldzug zu eröffnen.

Die Lasten der Steuern und Abgaben sind vermindert worden. Die Kornzölle sind abgeschafft worden und im Verlaufe der Jahre für Kornzölle alle weiteren Zölle gefolgt. Der Schatzkanzler giebt auf Grund eines amtlichen Berichtes die Haushaltungskosten eines ländlichen Arbeiters mit 4 Kindern an, der nach ihm im Durchschnitt 13 Schilling 2 Pence verdient. Im Jahre 1841 zahlte dieser Landarbeiter an indirekten Abgaben auf Verbrauchsgegenstände 43 1/2 Schilling; und im laufenden Jahre betragen die indirekten Abgaben dieses Arbeiters 12 1/2 Schilling.

Unter den Uebelständen, die Sidney Webb rügt und die jetzt schlimmer sind als in früheren Jahren, stehen die Wohnungsverhältnisse voran. Laut dem Zensus von 1891 wohnt in Glasgow ein Drittel der Familien je in einem Zimmer; für ganz Schottland ist das Verhältnis 22 Prozent, d. h. 560 000 Personen, oder mehr als ein Achtel der Bevölkerung, leben in Wohnungen von einem Zimmer. In England giebt es nahezu 287 000 Zimmerwohnungen mit 640 000 Personen. Die Reichshauptstadt nimmt in Bezug auf crowding (Uebersiedelung) eine Mittelstelle ein, da 19,71 Prozent der Bevölkerung Londons in einem Zimmer leben. In Gateshead sind es 40,78 Prozent. Sidney Webb ist der Ansicht, daß die untere Grenzlinie 1897 ebenso tief ist als 1837, und daß vielleicht jetzt mehr Personen unter dieser Grenzlinie leben, als in dem Jahre, da die Königin Viktoria den Thron bestieg.

Der Arbeiterschutz hat während der Regierungszeit Victorias bedeutsamen Fortschritt gemacht. Seit dem Fabrikgesetz von 1833, das Baumwolle, Flach, Wolle und Seidenfabriken umfaßte, datirt ein Normalarbeitstag, der für junge Personen auf 12, für Kinder von 9—13 Jahren auf 8 Stunden festgesetzt ist, für Kinder unter 9 Jahren die Fabrikarbeit verbot. Die Kapitalisten sorgten aber bis 1844 für die Unmöglichkeit der Ausführung des Gesetzes, bis endlich der Druck von außen, die Agitation der Arbeiterschaft, Wandel schaffte. So kam das Fabrikgesetz vom 7. Juni 1844, das auch die Frauen über 18 Jahren unter die Beschützung gruppirt, die Nachtarbeit untersagt, die Kinderarbeit auf 6—7 Stunden beschränkt. Die Praxis unterwarf den Arbeitstag der erwachsenen männlichen Arbeiter denselben Schranken.

Das Fabrikgesetz vom 8. Juni 1847 (es war die Zeit der Aufhebung der Kornzölle, der Baumwollzölle) brachte den 9 Stunden Tag; das Gesetz trat am 1. Mai 1848 in Kraft.

Die Gesetze vom 5. August 1850 und von 1853 verbesserten die Schutzbestimmungen, das von 1853 regelte in den ihm unterstehenden Industriezweigen den Arbeitstag aller Arbeiter. Im Jahre 1845 wurden die Rattundrudereien, 1850 die Färbereien und Bleichereien, 1860 die Spinnfabriken und Strumpfwirkereien, 1863 die Bäckereien, 1864 die Betriebsstätten der verschiedensten Art regulirt.

Das Werkstättengesetz von 1867 betritt den Boden des Handwerks. Es folgen 1870, 1871, 1874 neue Gesetze. Das Fabrik- und Werkstättengesetz von 1878 mit Zufügen von 1883 ist nunmehr der allein gültige gesetzliche Arbeiterschutz.

Es ist überflüssig, zu sagen, daß die englischen Arbeiter die Erweiterung ihrer politischen Rechte, die Verringerung der Lasten, die gesteigerten Lohnvermögen, den ausgedehnten Arbeiterschutz und die Freiheit der Koalition nicht der Königin Viktoria verdanken, sie sind vielmehr die Folgen jener Reformen, deren Durchführung auf das Wähnen, Drängen und Kämpfen der Arbeiter zurückzuführen ist.

Ebenso überflüssig ist es, festzustellen, wie aber ganz anders für die Arbeiter die Verhältnisse in Deutschland liegen, wo eine zunehmende Steigerung der Lasten zu beobachten ist, eine Verkümmerung der Rechte der Arbeiter stets befürchtet werden muß, die Arbeiterschutzgesetzgebung eher rückwärts wie vorwärts geht, eine Koalitionsfreiheit der Arbeiter nur dem Namen nach besteht und diese noch einschneidenden Verschlechterungen ausgefesselt ist. Aber die Arbeiterbewegung wächst, und damit die Garantie, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo wir auf gleiche Resultate zurückblicken können, wie das Proletariat in England.

## Ausbeutung von Schulkindern.

Mit besonderer Vorliebe beschäftigen profitlästernde Unternehmer und Großgrundbesitzer in schulpflichtigem

Alter stehende Kinder, d. h. nicht ihre eigenen Sprößlinge, oder die Brut ihrer Ausbeutungsgenossen, nein, die Kinder der Arbeiter, um diesen — einen lohnenden Verdienst zu gewähren; nicht aus elender Gabel — pure Menschen- und Christenliebe ist das treibende Motiv. Wie gut es die Arbeiterkinder dabei haben und wie glänzend sie für ihre „Erholung“ im Freien bezahlt werden, dafür einige Beispiele:

Auf dem der Stuttgarter Zuckerraffinerie gehörigen Gute „Neuwirthshaus“ bei Zuffenhausen werden, so wird unserem dortigen Parteivorgang berichtet, alle Jahre 40—60 Schulkinder von 9—14 Jahren zum sogenannten „Rübenverrupfen“ engagiert. Diese Kinder müssen da unter strenger Aufsicht von 1 Uhr Mittags bis 7 Uhr Abends bei der größten Hitze um den Preis von 25—40 Pf., macht pro Stunde 4—6 Pf., arbeiten. Da es nun Jedermann freisteht, seine karglichen Einnahmen durch einen derartigen „Lohn“ seiner Kinder zu vergrößern, so ließe sich gegen diese „Musteranstalt“ nichts einwenden, wenn nur die Behandlung und Lohnzahlung dieser kleinen Arbeiter keine gar zu kleinliche wäre. So gehen die Kinder im Anfang in der Meinung, 40 Pf. zu verdienen, gerne dorthin, wenn dann aber nach 14 Tagen der Zahltag kommt und es giebt bloß 25 Pf., so ist die Enttäuschung groß. Weiter wird den Kindern der letzte Tag, den sie gearbeitet haben, einbehalten, wie jedem Arbeiter bei anderen Fabrikanten. Von einem Barbarismus zeugt es, wenn die Kinder vom Aufseher sich obendrein noch stauchen und durchprügeln lassen müssen, was öfter vorkommen soll, wenn eine Rübe zu viel ausgezogen wird.

Auf den Rieselfeldern des Berliner Magistrats in Großbeeren werden Schulkinder als Tagelöhner verwendet. Bis 12 Uhr befindet sich das Kind in der Schule, um 1 1/2 Uhr muß es mit der Kiepe auf dem Rücken vor dem Gutshaus ansetzen und marschirt darauf in der größten Hitze ins Feld, wo es bis zum Abend bleibt. Es ist selbstverständlich, daß von diesen etwa 50 Kindern die Schularbeiten nicht angefertigt werden können und daß die Kinder am Vormittag nicht dem Unterricht genügend zu folgen vermögen, zumal mehrfach schon Kinder verwendet werden, die noch nicht elf Jahre alt sind. Die Kinder müssen Tag aus Tag ein auf dem Felde arbeiten und werden dadurch in der schönen Sommerzeit in ihrer Erholung und Ausbildung gehindert.

Dem „Nieder-schlesischen Anzeiger“ zufolge benützte ein Dominium in diesem Jahre abermals die Pflingstferien, um die Felder vom Unkraut befreien bzw. Rüben ziehen zu lassen. Zu diesem Zwecke waren 58 Knaben aus der Stadt angeworben, welche sich früh 3 Uhr in der Nähe der Plantage versammelten und alsdann auf Leiterwagen nach ihrem Arbeitsfelde gebracht wurden. Die Arbeit begann sofort nach ihrer Ankunft. Nach halbstündiger Thätigkeit bekamen die Kinder das erste Frühstück, bestehend in einer Tasse „Kaffee“, aber ohne jeden Imbiß. Dierauf wurde die Arbeit bis gegen Mittag fortgesetzt und dann das Mittagbrot (Kartoffelsuppe und Brot) serviert. Das Fäten dauerte in der größten Sonnengluth bis zur Dämmerung, zu welcher die Knaben Kaffee und Semmel erhielten, worauf die Arbeit bis 6 Uhr fortgesetzt wurde. Für diese mehr denn zwölfstündige Arbeitszeit erhielt die Mehrzahl der Kinder dieses Jahr einen Tagelohn von 40 Pfennigen, einige jedoch auch 50 und 60 Pfennige, während voriges Jahr für den halben Tag 40 Pfennige gezahlt wurden. Im vorigen Jahre ließ das Dominium die Kinder noch nach Hause fahren; dieses Jahr mußten dieselben jedoch, gequält von Hunger und Durst, den weiten Weg zu Fuß zurücklegen.

Müssen die Arbeiterkinder da nicht prächtig gedulden? Wo in aller Welt werden denn den Kindern der Besitzenden solche Annehmlichkeiten geboten? Fürwahr, die Kinder der Arbeiter sind bevorzugte Geschöpfe — im Dulden und Leiden!

## Die preussische Vereinsgesetz-Novelle

hat nun auch die preussische Pairskammer, das Herrenhaus beschäftigt. Hier dominiert „Bildung“ und Besitz. Die Herrenhausmitglieder sind nicht erwählt, ausgehoben vom Volk; ihre Sitze sind Privilegien, Vorrechte; hängen vom Besitz, von der Geburt, vom Amt. Auch nur von Stimm befähigt sind unter den „Ausgewählten“, ja, von Stimm ist tonangebend bei der Debatte über das Vereinsgesetz gewesen. Oder besser, Stimm und Puttkamer, von Puttkamer sozialistengesetzlichen Angedenkens, der Mann, der hinter jedem Streit die „Cybra der sozialen Revolution“ lanciert, theilen den Ruhm unter den Weisen des Herrenhauses die weisesten Weisen gewesen zu sein. Natürlich war den Herren das Angebot der Nationalliberalen, Rechtsgewalt der Minderjährigen, nicht weitgehend genug. Die Arbeiter gehören in die Fabrik, in die Werkstätten, was haben die in Versammlungen zu thun? Arbeiten, Steuer zahlen, Soldat werden und nur das Maul aufreißen zum Huerah rufen, das sollten nach den Herzenswünschen der Jünger die Grundrechte der Arbeiter sein. Den Nationalliberalen ist es ins Schuldbuch zu schreiben, daß die Angriffe auf das bürgerliche Recht der Arbeiter nicht längst gründlich abgesehen sind.

Das Herrenhaus wählte eine Kommission, die Kommission begann und beendete noch am gleichen Tage

ihre Arbeiten. Ihr lag ein Abänderungsantrag des Grafen Udo Stolberg-Bernigerode vor, der mit dem aus dem Abgeordnetenhaus her bekannten Jedlitzschen Antrage übereinstimmt. Nach diesem sollten anarchistische, sozialdemokratische, sozialistische, oder Gesellschaftsordnung gefährdende Vereine und Versammlungen verboten und Personen, die als Vorstandsmitglieder, Leiter oder Redner oder durch Hergabe von Räumlichkeiten u. d. Abhaltung verbotener Versammlungen ermöglichenden oder fördernden, bestraft werden. Graf Stolberg befürwortete die Fassung, welche das Abgeordnetenhaus beschlossen hat, mit den von Jedlitzschen Anträgen, jedoch unter Streichung der Worte „sozialistische“ und „kommunistische“, so daß das Gesetz nur sozialdemokratische und anarchistische Bestrebungen treffen soll. Minister v. d. Necke erklärte, daß er in erster Linie an der Fassung der Regierungsvorlage festhalte, weil es bedenklich erscheine, wieder ein Ausnahmengesetz zu machen, daß er aber eventuell mit der vorgeschlagenen Streichung der Worte „sozialistische“ und „kommunistische“ einverstanden sei. Bei der Abstimmung wurde sodann die Fassung des Abgeordnetenhauses mit allen gegen eine Stimme abgelehnt und die gestellten Anträge unter Streichung der bezeichneten Worte mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen. Die Berichterstattung durch Graf Stolberg soll schriftlich und die Berathung der Vorlage im Plenum am Mittwoch, den 30. Juni, während unser Blatt in die Presse geht, erfolgen. Die Anträge werden vom Herrenhaus angenommen, gehen dann wieder ans Abgeordnetenhaus und so vergehen immer noch einige Wochen, bis man über das Schicksal der lex Necke-Stumm-Buttkamer im Klaren ist. Aber mag sie ausfallen wie sie will, der Zweck, Vernichtung der Arbeiterbewegung, wird nicht erreicht.

## Die Stummelei

hat wieder einen Erfolg zu verzeichnen. Vor zwei Jahren begannen einige Großindustrielle einen Sturm auf gegen den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Herrn Dr. Bödiker, und heute ist der Mann, der sich um das Reichsversicherungsamt hohe Verdienste erworben hat und das Vertrauen von Millionen von Arbeitern genöß, von dem Amte zurückgetreten. Ueber die Motive des Rücktritts läßt sich die „Berliner Volkszeitung“ wie folgt aus:

„Dr. Bödiker ist nicht krank; er erfreut sich im Gegentheil einer ausgezeichneten Gesundheit und verfügt über eine Arbeitskraft, um die ihn ein Duzend von manchen anderen höheren Beamten in gemeinsamer Anstrengung beneiden könnte. Und doch sieht sich dieser eminente Verwaltungsbeamte genötigt, den Dienst zu quittieren, weil er herausfühlt, daß er in das System nicht mehr paßt. Es war ihm gelungen, dem Reichsversicherungsamt eine Vertrauensstellung zu erkämpfen in denjenigen Kreisen, um deren willen es ins Leben gerufen war: in den Kreisen der versicherungspflichtigen und schutzbedürftigen Arbeiter. Die im Sinne des Arbeiterschutzes ausgeübte Rechtspflege des Reichsversicherungsamtes, die in dem sozialpolitischen Geiste seines ersten Präsidenten arbeitete, hatte schon seit Jahren den Unmuth des großkapitalistischen Unternehmertums erregt, der sich wiederholt in läppischen Sturmläufen gegen Dr. Bödiker zu entladen bemüht fand. Es wird nicht ausbleiben, daß in jenen Kreisen weitgehende Hoffnungen auf eine Wendung in der arbeiterfreundlichen Haltung des Amtes gehegt werden, nachdem Herr Dr. Bödiker von seiner Stelle zurückgetreten ist. Und wenn wir auch zur Ehre des Amtes annehmen wollen, daß sich diese für das Amt höchst beleidigende Vorgänge als trügerisch erweisen werde, so bleibt doch die Thatsache, daß der den großkapitalistischen Interessengruppen verhasste Mann aus seiner amtlichen Stellung scheidet, ein Triumph dieser Gruppen, der nicht im öffentlichen Interesse liegt. Es ist ungenügend charakteristisch, daß ein bismarckisches Blatt öffentlich den Bormurk zu erheben für gut befindet, daß die Rechtspflege des Reichsversicherungsamtes „von einer gewissen arbeiterfreundlichen Befangenheit getragen war“. Das zeigt deutlich, was aus dem Amte werden würde, wenn es nach dem Herzen der Leute ginge, denen das bürgerliche Arbeiterfreundlichkeit, das bisher in der sozialpolitischen Gesetzgebung Deutschlands zu Tage getreten ist, schon als ein Kapitalverbrechen gilt.“ In einer am Sonnabend, den 19. Juni, abgehaltenen Plenarsitzung des Reichsversicherungsamtes ausdrückte an die verschiedenen Mitglieder des Amtes kund. Der Arbeitervertreter, Schlosser Guthheil-Berlin, widmete dem früheren Präsidenten Abschiedsworte, die wohl bei allen Arbeitern Widerhall finden: „Wenn wir Arbeiter unserem Präsidenten auch keine Ehrenzeichen und keine Adressen überreichen können, so kann doch doch versichern, daß der Name des Präsidenten Dr. Bödiker in dem Herzen aller deutschen Arbeiterfamilien einen Platz hat und stets behalten wird.“

## Soziale Mundschau.

Der Streit der Arbeiter der Firma Mez u. Bergleib beendet worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am 28. Juni. Obwohl die Firma sich einige 30 ungarische Arbeiter hatte zuschicken lassen, werden sämtliche am Streit theilhaft gewesenen Arbeiter wieder eingestellt. Den Fiumensern wurde eine kleine Lohnerhöhung zugestanden. Den Piassavamisern

ist es nach der Vereinbarung ermöglicht, bei Einführung von neuen Sorten die Akkordlöhne kennen zu lernen. Den Arbeiterinnen wurde ein Lohn von 1,50 Mk. pro Tag zugestanden; diesen sollen sie auch bei schlecht lohnender Akkordarbeit erhalten. Dem Streik folgen noch empfindliche Nachwehen; Anklagen aus § 153 der Gewerbeordnung werden erfolgen. Die Kollegen wollen darum auf den ihnen zugegangenen Sammellisten nach Möglichkeit zeichnen.

## Korrespondenzen.

Berlin. Am 9. Juni tagte hier eine öffentliche Versammlung zu dem Zwecke, gegen die reaktionäre Vereinsgesetznovelle Protest zu erheben. Genosse Faber referirte über: „Das Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter- und Arbeiterinnen und die Stellungnahme der Gewerkschaften“. Referent schilderte in eingehender Weise die Bedeutung und Folgen der geplanten Koalitionsverletzungen. Die beste Antwort auf diese neueste „Stummelei“ sei ein Massenbeitritt der Arbeiter in die Organisationen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Die Versammlung gab ihrer Meinung über das neueste Produkt der preussischen Sozialreform durch einstimmige Annahme der folgenden Resolution Ausdruck: „Die Versammlung erblickt in dem Versuch der preussischen Regierung, das Vereins- und Versammlungsrecht durch die Novelle zum Vereinsgesetz weiter einzuschränken, eine schwere Zurücksetzung des Arbeiterstandes in der Ausübung seiner politischen Rechte. Denn wir sind fest überzeugt, daß die im Gesetz vorgesehenen polizeilichen Maßregeln, die eine freie Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts unmöglich machen werden, sich nur gegen die Arbeiterklasse richten. Die bisherigen Erfahrungen bestätigen, daß die Auslegung des Vereinsgesetzes einseitig gegen die Arbeiterbewegung gehandhabt wurde. Wir fordern deshalb eine freie, ungehinderte Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts für beide Geschlechter. Ein Versammlungsrecht, das uns die Vertretung unserer wirtschaftlichen Interessen ohne Einschränkung innerhalb der Gewerkschaften ermöglicht und nicht, wie es bisher üblich und nach Annahme der Novelle in erhöhtem Maße geschehen wird, die Unternehmerorganisationen begünstigt und somit die Arbeiter der Unternehmerrückwärts überliefern will. In Besonderen erblickt die Gewerkschaften in der rechtlosen Stellung der Minderjährigen, die auch in den Beschlüssen des preussischen Abgeordnetenhauses mit Hilfe der nationalliberalen Partei beibehalten wurde, eine vollständig unberechtigte Zurücksetzung eines großen Theils des Arbeiterstandes, der vermöge seiner sozialen Stellung die Vertretung seiner Interessen in Gemeinschaft mit den übrigen Berufsangehörigen fordern muß. Das Ausschließen dieser Berufsangehörigen aus den Organisationen raubt diesen Arbeitern das Recht auf Unterstützung und Förderung ihrer Interessen innerhalb einer Berufsorganisation und setzt sie der Saune und Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums aus. Gegen ein solches Attentat auf die Arbeiterbewegung und im Besonderen auf die Gewerkschaftsorganisation protestiren die Versammelten auf das Entschiedenste.“ Mit einem begeisterten Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. Das zu unserer am 17. Juni tagenden Mitgliederversammlung angelegte Referat konnte, da der Referent in letzter Stunde abgelaufen war, nicht entgegengenommen werden. Dafür hielt Kollege Schumann der Versammlung einen Vortrag über: „Die Aufgaben der Organisation“. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine lebhaft debattirte, an der mehrere Kollegen sich theilnahmen und übereinstimmend bekundeten, daß die Kollegen mehr als bisher für den Ausbau der Organisation thätig sein müssen. Die erreichte Mitgliederzahl sei, wenn man die kurze Zeit berücksichtige, in der die Organisation sich wendend an die Kollegen wende, ein ganz günstiges Resultat; messe man aber die Mitgliederzahl an der Masse der Kollegen, dann ergebe sich, daß uns noch ein ungeheures Feld zur Bearbeitung überlassen ist. — Unter Verbandsangelegenheiten wurde ein Komitee von 11 Personen zu dem für den 23. Oktober geplanten Stiftungsfeste gewählt. Die Bormahme einer Zellerksammlung wurde beschlossen, der Ertrag neben 5 Mk. aus der Kasse wurde den streikenden Töpfern in München übermiesen.

Elmhorn. Am Sonntag, den 13. Juni, tagte unsere Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Grohmann. Die gut besuchte Versammlung nahm den Kartellbericht entgegen. Danach hatten wir Stellung zu nehmen zu dem für den 16. Juli festgesetzten Gewerkschaftsfeste; an Lokalitäten wurden „Englischer Garten“ und „Großes Haus“ in Vorschlag gebracht. Die Kollegen Timm, Schröder, Remo und Schulz wurden ins Festkomitee gewählt. Die Vorbereitungen zu dem am 17. Juli abzuhaltenden Ball wurden der Versammlung vorgelegt. Zum Schluß warden noch Klagen laut über das Kartell; um die Differenzen zu begleichen, beschließt die Versammlung, das Kartell zur nächsten Versammlung einzuladen.

Hamm. In der Dienstag, den 15. Juni, im Lokale des Herrn Sieberling abgehaltenen Versammlung sprach Kollege Sad über den Streik in der Asbest- und Gummifabrik in Ulfenhorst. Auch hierbei seien wie so oft die Kollegen eigenmächtig vorgegangen, ohne dem Vorstande von ihrem Vorhaben als Gemahregelte verblieben seien und die Fabrik sei größtenteils wieder mit Arbeitskräften besetzt. Dierauf zog Redner den Streik der Piassava-Mischer zu Vergleichen in den Kreis seiner Betrachtungen. Diese Kollegen bestanden auf der Einhaltung der ihnen gewordenen Zugeständnisse. Sie wollten wissen, was sie eigentlich für ein Stück Arbeit an Lohn erhalten. Im Anschluß daran theilt der 1. Bevollmächtigte mit, daß die Vergleichen, und fordert jeden Kollegen auf, sein Möglichstes zum siegreichen Abschluß des Kampfes beizutragen. Aus der Lokal-Kasse wurden zu genanntem Zwecke vorläufig 15 Mk. bewilligt. Der Streik auf der „Brotfabrik Hansa“ ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Der Kartellbelegirte giebt bekannt, daß am 4. und 5. Juli in Barmbeck das Gewerkschaftsfest abgehalten werden soll. Als Hilfskassirer werden die Kollegen Raveader und Bethelieung an der geplanten Ansahrt nach Finkenwärder.

Kolberröhr. Am 13. Juni hielt uns Herr Gaissbüsch aus München einen Vortrag über: „Warum kämpfen wir in der Organisation und was ist es mit dem Koalitionsrecht?“ Referent referirte seinen Ausführungen. Darauf kamen die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag. Als Hilfskassirer wurde Kollege Rauch gewählt. Die Abrechnung vom verfloffenen Quartal wurde vorgelegt und als richtig befunden. Betrug die Mitgliederzahl bei Gründung der Zahlstelle nur 32, so ist sie nach Jahresfrist auf 140 angewachsen; circa 40—50 davon sind Arbeiterinnen. Selbstverständlich ist dieses Wachstum nicht einer einzelnen Person, sondern der unermüdeten Thätigkeit aller Kollegen zu danken. Die hiesigen Arbeitsverhältnisse haben auch zu dem Resultat das Ihre beigetragen. So ist es vor Allem die den Arbeitern zu theil werdende Behandlung, die Unzufriedenheit erregt. Auch die Protzeit in der Spinnerei könnte eine Aenderung ertragen, sie soll zwischen 3/4 bis 4 Uhr sein, oft kommt es aber vor, daß die Vierholer noch in der Kamme sind, wenn die Protzeit schon vorbei ist; die Arbeiter können dann ihr Bier auf einmal hinstellen, da man ihnen zum Trinken keine Zeit mehr läßt. Vielleicht genügt dieser Hinweis, eine Aenderung herbeizuführen.

An die Kolleginnen und Kollegen in Berlin!

Kolleginnen, Kollegen! Im August wird es ein Jahr, daß in Berlin die Zählstelle des Verbandes gegründet wurde. Welches ist nun das Resultat, was ist trotz aller Arbeit in der Zeit erreicht worden? Ist es nicht eine Schmach für die Stadt der Intelligenz, daß von nahezu 200 000 ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen in zwei Organisationen (Lokal- und Zentral-) 800-1000 organisiert sind? Man könnte nun daraus schließen, daß die große Zahl, die keiner Organisation angehört, im großen Wohlstand lebt. Fehlgelassen, wie wir aus den hiesigen Lohnverhältnissen ersehen werden. Der Lohn schwankt für Männer zwischen 12-18 Mk., für Frauen zwischen 6-9 Mk., ähnlich liegt das Verhältnis bei den jugendlichen Arbeitern. Die Lohnverhältnisse sind also die denkbar traurigsten, wenn man die theueren Mieten und Lebensmittelpreise in Betracht zieht. Nur durch Ueberstunden ist es der Mehrzahl möglich, so viel zu verdienen, daß sie ihr nacktes Leben fristen können.

Kolleginnen, Kollegen, seht um Euch, überall treten die Arbeiter für bessere Lohn- Arbeitsbedingungen ein, überall für alle Branchen sind die Löhne des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges wegen gestiegen, resp. durch Kämpfe erzwungen worden. Nur Ihr, die am schlecht bezahltesten Arbeiter, habt von diesem Aufschwung nicht nur nichts gespürt, im Gegenteil, man hat gerade in letzter Zeit 25-30 Prozent in einzelnen Fabriken bei Ueberarbeiten abgezogen, und Ihr schweigt und halt die Faust im Saad, und sucht durch Ueberarbeiten den Lohnausfall zu decken. Kolleginnen, Kollegen, wollt Ihr nicht, daß der Lohn immer mehr herabgedrückt, die Arbeitszeit unendlich ausgedehnt wird, so machet endlich einmal auf, schon zu lange habt Ihr geschlafen. Tretet ein in die Reihen der Kämpfer, also hinein in die Organisation, denn die winzigen Opfer, die von Euch gefordert werden, können die Ursache nicht sein, Euch der Organisation fern zu halten. Nur Euer Gleichmuth, Eure Interessenlosigkeit ist Schuld daran. Niemals würde man es wagen, Euch solche Hungerlöhne zu bieten, wenn man müßte, hinter Euch wäre eine straffe Organisation; denn einzeln seid Ihr nichts, geschlossen seid Ihr Alles.

Nun zu Euch, Kollegen, die Ihr schon der Organisation angehört - wie ist der Versammlungsbesuch? Wie ist das Verhalten im Allgemeinen? Auch hier herrscht eine Interessenlosigkeit, die ihresgleichen sucht. Betrachtet die Organisation nicht als Schaustück, sondern als Kampfmittel. Sucht überall Propaganda für unsere Ideen zu machen, sorgt für regeren Versammlungsbesuch; bedenkt, jede Versammlung kostet Geld, und hat den Zweck, unsere Ideen in immer weitere Kreise zu tragen. Nur wenn ein Jeder seine Schuldigkeit thut, werden wir uns die Achtung der übrigen Arbeiter erwerben können. Also thue ein Jeder seine Schuldigkeit, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. E. Sch.

Dresden. Kollegen! In diesem Frühjahr, als die Natur zu neuem Leben erwachte, hatte es den Anschein, als ob auch Ihr aus langem Winterchlaf erwacht seiet und Euch anschicket, mit wackerem Muthe an dem Ausbau einer Organisation zu Euerem Schutze und dem Unternehmertum zum Truze zu arbeiten. In kurzer Zeit waren die Einzelmitglieder auf die Zahl von 170 angeschwollen. Leider hielt der Eifer nicht an. Nur Wenige haben den alten Muth bewahrt und nehmen an den Berathungen lebhaften Anteil, die Uebrigen sind wieder in das winterliche Stillleben verfallen. Dieses Betragen ist bedauerlich und arbeiterfeindlich! Denn man sollte meinen, auch für uns wäre der Bessers in geradezu zwingender Deutlichkeit erbracht, daß wir auf die Menschenfreundlichkeit unserer Arbeitgeber nicht rechnen können, und eine Linderung all der uns bedrückenden Liebelstände nur durch unsere eigene Thätigkeit zu erwarten haben. Kollegen! Vergleicht einmal Euer Verhalten mit dem der Mitglieder anderer Organisationen. Hier Stumpfsinn, dort reges Schaffen und Wirken, dem denn auch der Erfolg nicht versagt geblieben ist. Ihr könnt das Gleiche, wenn Ihr nur wollt. Was von Euch gefordert wird, kann Jeder vollbringen, ist es doch nur ein kleines Opfer an Zeit und Geld. Ihr bringt es Euch selbst, Ihr heimt die Früchte ein! Die Versammlungen werden Euch immer bekannt geben, erscheint und erfüllt die Pflichten, die unsere Zeit mit unerbittlicher Gewalt jedem Arbeiter zur Erfüllung anweist!

Mann der Arbeit, aufgewacht  
Und erkenne Deine Macht;  
Alle Käder stehen still,  
Wenn Dein starker Arm es will.

Kolleginnen und Kollegen von Magdeburg!

Als wir die Abrechnung vom letzten Quartal fertig stellten, konnten wir mit Freude feststellen, daß nur wenige Mitglieder mit einigen restituenden Beiträgen vorhanden waren. Leider hat sich schon in der kurzen Zeit das Blatt gewandt. Statt der früheren Pünktlichkeit ist Saumseligkeit bei den Mitgliedern eingerissen, die ihnen nicht zur Ehre gereicht und den Bevollmächtigten ihre Thätigkeit nicht erleichtert. Ich fühle mich darum verpflichtet, einen Mahnruf an die Kollegen ergehen zu lassen, damit Jeder rechtzeitig sich seiner Pflichten erinnere und sie erfülle. Die Abrechnung muß vorgenommen werden, begleiche jedes Mitglied seine Beiträge, dann wird den Mitgliedern das Zahlen nicht zu

Süneburg. Mitgliederversammlung am 6. Juni 1897. Die in einigen Betrieben vorhandenen Mißstände wurden zur Sprache gebracht und dabei insbesondere die Verhältnisse auf der Portland-Cementfabrik, in der Tapetenfabrik und in dem Betriebe des Herrn Maurermeisters Papper einer eingehenden Kritik unterworfen. Bei der Centimeterarbeit haben die Arbeiter auf Veranlassung der Arbeitgeber feisten müssen. Es wurde die Behauptung aufgestellt, daß diejenigen Arbeiter, die den 1. Mai gefeiert haben, scheinbar angelesen worden, ja teilweise sogar gemagtregelt seien. Auch wird Klage geführt über einen Arbeiter der Pappenfabrik Soppe u. Co., welcher versuchte, durch allerlei Reden seine Kollegen zu zwingen, statt wie früher 2 Ballen, jetzt 3 Ballen an die Winde zu hängen und statt 1/2 Ballen einen ganzen Ballen die Treppen hinauf zu tragen. Das Mitglied F. soll aufgefordert werden, die Abrechnung vom letzten Vergütung vorzulegen. Der 1. Bevollmächtigte wies noch darauf hin, daß die Mitglieder verpflichtet sind, monatlich eine Beitragsmarke vom Gewerkschaftsstartell zu nehmen. Zum Schluß wird folgender Antrag zum nächstjährigen Verbandstag angenommen: Es ist vierteljährlich eine öffentliche Versammlung mit einem Referenten einzuberufen. Die Kosten hat die Hauptkasse zu tragen.

Süneburg. Am 20. Juni tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Nachdem ein dritter Bevollmächtigter in Vorschlag gebracht worden, referierte Genosse Baerer aus Harburg über: „Die Industrie in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“ Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Referenten durch anhaltenden Beifall zu. — Dann wurde als Referent Kollege Stippenberg gewählt; als Revisor kam Kollege Müller in Vorschlag. Nach Erledigung innerer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. Die Zahlstellenleitung beabsichtigt, in Zukunft öfter Versammlungen mit Vorträgen anzubahnen, um den Mitgliedern Aufklärung und Bildung zu verschaffen. Hauptsächlich wird sie in diesem Streben von den Mitgliedern genügend unterstützt.

Magdeburg. Einen Vortrag über „Verbrechen, Prostitution und Strafe“ hielt Kollege Spangenberg in der am 17. Juni im Lokale des Herrn Meyer abgehaltenen Mitgliederversammlung. Referent vertrat und begründete die Meinung, daß die Verbrechen und Vergehen vornehmlich ihren Entstehungsherd in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen haben und mit deren Verschlechterung zunehmen. Die Prostitution erscheint nach den Ausführungen des Referenten uns nun auch in einem ganz anderen Lichte, indem er uns diese Erscheinung in ihrem Zusammenhange mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zeigte. Das Straffsystem, das gegenwärtig in Anwendung, findet den Beifall des Referenten nicht. Eine Reihe von Vergehen und Verbrechen sei auf psychologische Defekte zurückzuführen, ein großer Theil auf die wirtschaftlichen Zustände. Dem müßte unser Strafwesen Rechnung tragen, und nach anderen Gesichtspunkten, als denen der Abschreckung, wirken; besonders an der Todesstrafe legt die Kritik des Referenten ein. Er weist nach, daß mehrere Staaten diese Strafe abgeschafft haben, was Referent für durchaus zeitgemäß hält. Die Versammlung gab ihr Einverständnis mit dem Vortrag durch regen Beifall zu erkennen und wählte dann den Kollegen Wrehm zum Kassirer der Lokalkasse. Die Laufzeit verschiedener Mitglieder gab Veranlassung zu herben Tadel, und führte zur Annahme eines Antrages, die Lässigen mündlich und schriftlich zur nächsten Versammlung einzuladen.

Offenbach. Am 21. Juni tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokale „Zur Stadt Heidelberg“. Der Kollege Drb referierte über das Thema: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation“ in eingehender Weise, und führte die Vorteile auf, die eine Organisation für ihre Mitglieder erringen kann, wenn die Berufsgenossen in entsprechender Zahl darin vereinigt sind. Zum Schluß ermahnt Redner die Anwesenden, in dieser Zeit, die vor einem Ansturm auf die Organisationen der Arbeiter, von den Unternehmern, als auch von gesetgebenden Faktoren stehe, treu zur Organisation zu halten. Darauf erstattete der Delegirte den Bericht vom Kartell. Seine Ausführungen beschäftigten sich mit Ursachen, Entstehen und Verlauf des Streiks der Schuhmacher. Durch den ungünstigen Ausgang seien die Arbeiter um manche Erfahrung reicher geworden. Bei Führung zukünftiger Lohnkämpfe würden die Arbeiter sich diese Erfahrungen zu Nutzen machen. Eine Einladung der Frankfurter Kollegen zur Theilnahme an einer gemeinsamen Dampfer-tour fand Zustimmung. Mit der Aufnahme einiger Kollegen in den Verband fand die Versammlung ihren Schluß.

Potsdam. Am 17. Juni berief unsere Mitgliederversammlung über die beste Verbreitung unseres Organs. Hinslang wurden die Blätter von dem 1. Bevollmächtigten ausgetragen, mit der Vermehrung der Mitglieder wurde es diesem aber immer schwieriger, diese Verbreitung zu besorgen. Die Versammlung beschloß die Wahl einer junglicrigen Kommission. Die gewählten Kollegen zeigten trotz Zuredens und der in Aussicht gestellten Entschädigung keine Neigung zur Uebernahme der Arbeit, so daß sich fünf Kollegen freiwillig zur Uebernahme des Amtes meldeten. Zur Gründung einer Lokalkasse wurde beschlossen, daß jeder Kollege im Sommerhalbjahr verpflichtet sein soll, 5 Pfg. pro Woche zu zahlen. Aus dem Fonds sollen Streiks, gemahregelte, verunglückte und erkrankte Kollegen unterstützt werden. Die Fondsanammlung beginnt mit dem 1. Juli. Die Versammlung beschloß dann noch, die Beiträge der drei Bevollmächtigten aus dem Konto der Lokalausgaben zu befreien.

Am 20. Juni tagte eine öffentliche Versammlung, die den Bericht der Lohnkommission und der im Kaufsache thätigen Unternehmer entgegennahm. Die Innungsmeister wollen die 32 Pfg. Stundenlohn bewilligen, wenn die der Innung nicht angehörenden Bauunternehmer bewilligen. Diese erklären: wir bewilligen die Forderung, wenn die Innung bewilligt hat. So rüht sich Einer auf den Anderen. Von den versammelten Kollegen riefen einige zu entschiedenem Vorgehen, andere mahneten zu einem Abwarten, weil die Maurer sich auch in der Lohnbewegung befinden.

In der am 25. Juni tagenden öffentlichen Versammlung wurde davon Mittheilung gemacht, daß die Maurer noch einmal mit den Unternehmern in Verhandlungen treten wollen. Darauf erhielt Genosse Staab das Wort. Der Redner ging in ausführlicher Weise auf die Lage der Arbeiter ein und machte auf die Folgen des Streiks aufmerksam. Diese seien so weittragender Natur, daß man sich bei Inscenirung eines Streikes nie wohl überlegen müsse. Vor Allem gehöre zum Kriegsführen Geld. Bei Niederlagen und Siegen blieben Leiden auf dem Kampffelde, Maßregelungen und Aussperrungen würden von den Meistern vorgenommen, die betroffenen Kollegen seien in ihrer Existenz gefährdet. Auch sei zur Führung eines Kampfes eine starke Organisation notwendig, damit Alle für Einen und Einer für Alle eintreten können. Genosse Staab kritisirte dann noch das Unfallversicherungsgesetz und übelle den Anwesenden mit, wie sie sich bei Kündigungen zu verhalten haben. — Die Versammlung beschloß, die Entscheidung über die Lohnbewegung einer innerhalb acht Tagen einzuberufenden Versammlung zu überlassen. Vorläufig ist Zuzug fernzuhalten.

Rothenburgort. In der Mitgliederversammlung am 2. Juni im Lokale des Herrn v. Eigen hielt Genosse Matifke einen Vortrag über: „Charles Fourier“. Dann wurde zum Fahnenträger der Kollege Hehl und zu Fahnenjunkern die Kollegen Darms und Keefe erkoren. Zu Hülfstaktoren wurden die Kollegen Albrecht und Bischoff gewählt. Dann wurde die Entlassung von zwei bei der Baumaterialienhandlung von Wagner beschäftigt gewesenen Kollegen zur Sprache gebracht. Da von den Kollegen keiner anwesend war, nahm die Versammlung an, daß ihre Entlassung nicht als Maßregelung an-

zusehen sei. Ferner ward durch Beschluß jedes Mitglied verpflichtet, sechzig Pfennige zur Bestreitung der durch Anschaffung der Fahnen entstandenen Kosten beizutragen. Marken à 10 Pf. werden zu diesem Zwecke angefaßt und ausgegeben werden. Zum Schluß wurden die Versammelten auf das für den 4. Juli geplante Gewerkschaftsfest aufmerksam gemacht.

Schiffel. Eine öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Norddeutschen Jute-Spinnerei und Weberei in Schiffel tagte am 26. Mai im Lokale des Herrn Bode in Schiffel. Schon lange vor der festgesetzten Zeit war das Lokal voll besetzt und unaufhörlich strömten die Arbeiter und Arbeiterinnen der genannten Fabrik herbei. Bereits am Sonnabend, 22. Mai, hatten etwa 80 Spinnerinnen um 12 Uhr Mittags die Arbeit eingestellt, weil man sie Sonnabends stets bis 5 Uhr arbeiten ließ, trotzdem die Direktion schon im April versprochen, daß vom 1. Mai an Sonnabends um 12 Uhr Mittags Feierabend sei. Nachdem man sich dann am 24. Mai gegenseitig dahin geeinigt hatte, daß von jezt ab an jedem Sonnabend 12 Uhr Mittags Feierabend sein soll, verlangten die Arbeiter und Arbeiterinnen gleichzeitig eine Erhöhung des Lohnes um 10 Proz. Nachdem sich das Bureau konstituirte, referierte Genosse Meyer über die gewerkschaftliche Organisation. Redner ging speziell auf die Arbeiterverhältnisse in der Norddeutschen Jute-Spinnerei und Weberei in Schiffel ein, machte aufmerksam auf das gesundheitschädliche und gefahrvolle Arbeiten in solchen Betrieben. Der bezahlte Lohn mache es unmöglich, ein auch nur annähernd menschenwürdiges Dasein zu führen. Herr Direktor Meier, welcher auch jedenfall heute hier anwesend sei, wäre ja sonst bemüht, zur Vermittlung bei Lohnfragen mit beizutragen, wie z. B. im vorigen Winter beim Streik der Gasenarbeiter, und so frage er denn Herrn Direktor Meier, ob er es verantworten könne, daß den Aktionären der Jutefabrik ein Entbehrungslohn von 15 bis 20 Proz. Dividende gezahlt würde, während den Arbeitern ein Lohn gezahlt werde, für welchen es keinen anderen Ausdruck gäbe als erbärmlich. Er, Redner, könne auch den Arbeitern und Arbeiterinnen genannter Fabrik den Vorwurf nicht ersparen, daß sie dem schon unzählige Male an sie ergangenen Mahnrufe: „Organisirt Euch!“ nicht gefolgt wären. Nachdem Redner dann noch aufgefordert, heute Abend der gewerkschaftlichen Organisation Mann für Mann beizutreten, schloß derselbe seinen mit beauftragtem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nachdem noch verschiedene Redner und Rednerinnen gesprochen, u. U. auch Herr Pastor Sommer (Schiffel), wurde das Bureau beauftragt, mit der Direktion zu unterhandeln betreffs der zehnprozentigen Lohn-erhöhung. Nachdem der Referent die Ausführungen des Herrn Pastor Sommer einer oft von Beifall unterbrochenen Kritik unterzogen und die Anwesenden nochmals aufgefordert, rege für die Organisation zu sorgen, erfolgte Schluß der Versammlung. (Das Vorgehen der Arbeiter hat den Erfolg gehabt, daß die Direktion in einigen Punkten Abhilfe geschaffen hat. D. Red.)

Heterfen. In der Mitgliederversammlung, die am 2. Juni im Lokale des Herrn Wader tagte, ließen sich einige Kollegen in den Verband aufnehmen. Darauf wurde nach eingehender Debatte der Kollege Kupfch als erster und der jetzige erste Bevollmächtigte, Kollege Seidorn, als zweiter Bevollmächtigter in Vorschlag gebracht. Da beide nicht in der Lage sind, die Auszahlung des Reisegeldes zu übernehmen, so wurde damit unser Herbergswirth Herr Wader beauftragt. Die Auszahlung des Reisegeldes ist für die Stunden von 12-1 Uhr Mittags und 8-10 Uhr Abends festgesetzt. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten Lokaler Art wurde die Versammlung geschlossen.

Wandshet. Die Frage: „Wie tilgen wir unsern Antheil an dem Defizit vom Gasenarbeiterstreik?“ beschäftigte die am 9. Juni anberaumte Versammlung. Kollege Bruhns stellte fest, daß der Marktenumsatz in den letzten Wochen sehr zurückgegangen sei. Im Ganzen seien 1800 Mk. von uns aufgebracht worden, aber nur ein geringer Theil der Mitglieder habe zur Aufbringung dieser Summe seine volle Pflicht gethan. Der größte Theil der Mitglieder habe noch nicht einmal einigermaßen seine Pflicht erfüllt, sonst wäre unser Antheil längst gedeckt. Das Traurigste sei, daß gerade jene Kollegen, deren Lohn es gestatte, ein Opfer zu bringen, den Drüdeberger spielten. Wandshet hat 6000 Mk. aufzubringen, davon fallen auf uns 2500 Mk. Nun ist zu beachten, daß die Mitglieder, die bislang Marken genommen haben, den auf sie entfallenden Theil entrichtet haben, und wenn sie nun, was wir allerdings nicht erwarten, Marken nicht mehr entnehmen, dann bringen wir unsere Summe überhaupt nicht auf. Denn auf die Kollegen, die bislang noch keine Marke entnommen haben, kann man auch in Zukunft nicht rechnen. Redner schließt mit einer Aufforderung an jene Kollegen, die bislang ihre Opferfreudigkeit bewiesen haben, auch in der Folgezeit den Anderen ein Beispiel zu sein, damit wir das uns durch unser korrektes Vorgehen erworbene Renommee erhalten und vergrößern. Um den Kollegen die Zahlung zu erleichtern, wurde beschlossen, alle 14 Tage Marken zur Deckung des Defizits in Umlauf zu setzen und zwar an den Sonntagen, an denen der „Proletarier“ ausgetragen wird. Ferner wurde beschlossen, nach Deckung unseres Antheils die Marken einzusammeln und darnach eine Zusammenstellung zu machen, wie viel Mitglieder an der Sammlung theilhaftig waren, und in welcher Höhe. Die Verhältnisse der Einzelnen sollen dabei berücksichtigt werden; aber die, deren Verhältnisse es erlauben, sich aber trotzdem zurückziehen, die will man kennen lernen. — Dem Vertrauensmann wurden 25 Mk. zur Agitation überwiesen. Auf Sammellisten, die nicht von der Leitung unserer Zählstelle ausgehen, haben die Mitglieder nichts zu zeichnen, sondern nur Marken zu entnehmen. Das zum 4. Juli vorbereitete Sommerfest wurde darauf noch in Erinnerung gebracht.

Winterhude-Cyandorf. In der Versammlung vom 17. Juni hielt Herr Penke einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Vertüfung der Arbeitszeit. Darauf wurde Kollege Müller für den dritten Bezirk als Hülfstaktirer gewählt. Die Deckung unseres Antheils am Defizit des Gasenarbeiterstreiks veranlaßte eine rege Debatte, die mit der Annahme des folgenden Antrages endete: Jedes Mitglied hat im Besitz von einer Marke und dem nöthigen Theil Marken im Betrage von 7,50 Mk. für männliche und 3,50 Mk. für weibliche Mitglieder zu sein. Ist ein Mitglied seinen Verpflichtungen nachgekommen, so hat es die Bevollmächtigten rechtzeitig in Kenntniß zu setzen, damit genaue Kontrolle geführt werden kann und die Mitglieder, die sich ihren Verpflichtungen entziehen, in den Mitglieder-versammlungen bekannt gegeben werden können. Kollege Köhling fragt an, welche Antwort vom Gewerkschaftsstartell auf die in der vorigen Versammlung beschlossene Anfrage ertheilt worden sei. Der 1. Bevollmächtigte erwidert, der Vorsitzende des Gewerkschaftsstartells habe zu ihm gesagt: „Mit derartigen kleinen Sachen komme man doch nicht gleich zum Gewerkschaftsstartell gelaufen.“ Mehrere Redner äußern, daß sie nun überhaupt nicht mehr wissen, wie sie sich zum Gewerkschaftsstartell zu stellen haben. Entstehe einmal auf einer Fabrik eine Bewegung, so lehne das Kartell, weil die Sache zu kleinlich sei, eine Unterstützung ab. Wachte aber eine Bewegung zu etwas Großem aus, dann heiße es: Warum seid Ihr nicht gleich am Anfang zu uns gekommen, wir können nun die Sache nicht mehr gut-heßen. Ueberhaupt sei das Verhalten des Gewerkschaftsstartells den ausgesperrten Arbeit- und Summiarbeitern gegenüber zu tabeln. Es sei Pflicht des Kartells gewesen, die Aussperrten moralisch zu unterstützen, auf finanzielle Unterstützung hätten sie von vornherein verzichtet.

